

Zwangsarbeit und Genozid. Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager im Krieg

Jens-Christian Wagner

Im Dezember 1943 schickte das Hygiene-Institut der Waffen-SS in Berlin den SS-Arzt Dr. Karl Gross zu einer Inspektion in das erst wenige Monate zuvor errichtete Buchenwalder KZ-Außenlager »Dora« bei Nordhausen. Offenbar war man in Berlin beunruhigt über die ungewöhnlich hohe Sterberate in dem Lager, dessen Insassen zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich unter Tage untergebracht waren und dort auch Zwangsarbeit leisten mussten. Gross sollte der Sache nun auf den Grund gehen. Nach seinem Besuch schrieb er einen ausführlichen und wohl recht realistischen Bericht. »Auffallend sind Schwer- und Schwerstkranke sowie auch Sterbende am Arbeitsplatz«, schrieb Gross und schilderte die Zustände in dem unterirdischen Konzentrationslager auch sonst in den dunkelsten Farben.¹

Man könnte auf die Idee kommen, dass aus dem Bericht des SS-Arztes Mitgefühl spricht. Tatsächlich offenbart er jedoch einen rein an wirtschaftlichen Nützlichkeitsabwägungen ausgerichteten Blick, der seine ideologische Grundlage in der NS-spezifischen Unterscheidung von »nützlichem« und »unwertem« Leben hatte. Das zeigt sich deutlich an den »Vorschlägen für das Lager »Dora«, die Gross am Ende seines Berichtes machte. Darin ging es ausdrücklich nicht um eine Senkung der hohen Todeszahlen, sondern lediglich um eine Steuerung der Sterblichkeit, genauer: um eine effizientere Ausbeutung der Sterbenden. So forderte er u.a., »zumindest die wertvollen Facharbeiter unter den Häftlingen mit warmen Kleidungsstücken (Pullover, Wollstrümpfe usw.) auszustatten und dieselben auch unterbringungsmäßig von den übrigen Häftlingen zu trennen«, zudem »regelmäßige Gesundheitsappelle zur Erfassung schwerkranker Häftlinge« sowie »eine entsprechend strenge Auswahl«,

»um eine unnötige Belastung des Betriebes mit körperlich mangelhaftem Menschenmaterial [...] zu vermeiden«, ferner den »Bau eines Krematoriums so bald als möglich« (»hierbei ist sofort an ausreichenden Verbrennungsraum zu denken«), und schließlich »die Errichtung eines Ausweichlagers für arbeitsunfähige Häftlinge«.²

Im Grunde fasste der SS-Arzt hiermit zusammen, was für das KZ-System seit dessen »Ökonomisierung« ab 1942 bestimmend geworden war: Selektion und Segregation waren die zentralen Schnittstellen zwischen den Polen Arbeit und Vernichtung. Entscheidend waren dabei – neben der Stellung der Häftlinge auf der von der SS vorgegebenen rassistischen Stufenleiter – die körperliche Verfassung und die berufliche Qualifikation der Häftlinge sowie der Charakter der Arbeit, zu der sie herangezogen wurden.

Das massivste Verbrechen der Nationalsozialisten war der Genozid an den europäischen Juden sowie an den Sinti und Roma. Auch wenn die meisten Juden sowie Sinti und Roma außerhalb des KZ-Systems ermordet wurden, standen die Konzentrationslager seit 1942 auf zwei Säulen: der Zwangsarbeit und dem Genozid. Etwa 1,65 Millionen Menschen wurden von der SS und der Gestapo zwischen 1933 und 1945 in die Konzentrationslager verschleppt. Fast eine Million KZ-Insassen haben nicht überlebt.³ Die weit überwiegende Mehrheit der KZ-Opfer starb in der zweiten Kriegshälfte seit 1942, in einer Phase, in der die Zwangsarbeit in der Rüstungswirtschaft zum bestimmenden Merkmal der KZ-Haft wurde.

Zu den Konzentrationslagern zählten formal – im Sinne einer Unterstellung unter die Inspektion der Konzentrationslager bzw. die Amtsgruppe

1 Vgl. Schreiben Dr. Karl Gross, Hygiene-Institut der Waffen-SS, an SS-WVHA, Amt D III, 23.12.1943, Directie-generaal Oorlogslachtoffers, Brüssel, 1546/Ding-Schuler, unpag.

2 Ebd.

3 Zahlen nach Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart/München 2001, S. 108 u. 229, sowie Karin Orth, Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte, Hamburg 1999, S. 345 f. Nicht mitgezählt sind fast 1,1 Mio. jüdische KZ-Häftlinge, die in den Gaskammern der Konzentrationslager Auschwitz und Majdanek ermordet wurden.

D des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes (WVHA) – sowohl die Lager, deren Insassen Zwangsarbeit für die Rüstungswirtschaft leisten mussten als auch zwei Vernichtungslager, die vor allem der Ermordung der europäischen Juden dienten: Majdanek und Auschwitz. Das bedeutet, dass innerhalb derselben Institution Menschen im Sinne ökonomischer Zielsetzungen als Zwangsarbeiter ausgebeutet wurden und zugleich viele andere Menschen aus ideologischen Gründen ermordet wurden, obwohl man ihre Arbeitskraft doch eigentlich dringend benötigte, da im Laufe des Krieges der Arbeitskräftemangel in der deutschen Kriegswirtschaft immer drängender wurde.

Standen ökonomische Zielsetzungen und das ideologische Projekt des Massenmordes mithin im Widerspruch zueinander? Gab es, wie der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze formuliert hat, „einen unlösbaren Widerspruch zwischen dem beabsichtigten rassistisch begründeten Genozid und den praktischen Imperativen der Produktion“?⁴ Welche Folgen hatte das für andere Häftlingsgruppen, die innerhalb der SS-Rassenhierarchie höher angesiedelt waren und eigentlich unter keinem ausgeprägten ideologisch motivierten Vernichtungsdruck standen? Wie organisierten SS, Staat und Unternehmen die KZ-Zwangsarbeit? Welche Rolle spielte dabei der Krieg? Dies sind die Leitfragen für die nachfolgenden Überlegungen zur Geschichte von Zwangsarbeit und Vernichtung in den Konzentrationslagern.

Von der Strafe zur Ausbeutung: Entwicklung der KZ-Zwangsarbeit bis 1942

Die Entwicklung der Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern wurde im Wesentlichen durch lagerexterne Bedingungen der politischen und ökonomischen Entwicklung in der NS-Zeit geprägt. Die entscheidende Rolle spielte hierbei der Krieg, auf den die nationalsozialistische Politik von Beginn an ausgerichtet war. Er bewirkte, dass die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen sich vom anfänglichen Straf-, Demütigungs- und Erziehungsgedanken entfernte und zunehmend auf wirtschaftliche Ausbeutung ausgerichtet wurde. Bis 1942 lässt sich die Entwicklung der KZ-Zwangsarbeit im Groben in zwei Phasen einteilen:

1. Die Anfangsjahre der NS-Herrschaft waren noch durch die Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet. Entsprechend konnte sich in den Konzentrationslagern produktive Arbeit zunächst kaum durchsetzen, sollte die Häftlingsarbeit doch als Strafe und Erziehungsmittel eingesetzt werden. Als Ergebnis dieser politisch-ideologischen Überlegungen ließ die SS die Häftlinge meist sinnlose und körperlich harte Tätigkeiten verrichten, etwa bei der Moorkultivierung im KZ Esterwegen, bei der auf Maschineneinsatz weitgehend verzichtet wurde. Trotzdem blieb der Widerspruch zwischen der Arbeit als Strafe für die von den Nationalsozialisten als „minderwertig“ bezeichneten Häftlinge und der mythischen Überhöhung des Begriffs „Arbeit“ im Sinne der NS-Ideologie bestehen. Auch der Versuch der SS, diesen Widerspruch aufzulösen, indem sie zwischen „besserungsfähigen“ und „kaum noch erziehbaren“ Häftlingen unterschied (ein Konzept, das in der Kriminologie seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert en vogue war), konnte diesen Konflikt mit der NS-Ideologie nicht aufbrechen.⁵

2. Mit dem Übergang zur Kriegsvorbereitung wandelten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und änderten sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, der – etwa durch die Einführung der Dienstpflicht im Jahr 1938 – zunehmend militarisiert wurde. Damit änderte sich die Zielsetzung der Häftlingsarbeit, die angesichts des zunehmenden Arbeitskräftemangels an ökonomischer Bedeutung gewann. Zugleich begann die SS eigene Wirtschaftsbetriebe aufzubauen. Einen wesentlichen Anteil hatte hieran die Baustoffgewinnung für die u.a. von Albert Speer betriebenen Bauprojekte der unmittelbaren Vorkriegsjahre. Es ist kein Zufall, dass die ab 1937/38 neu errichteten Konzentrationslager in der Nähe hochwertiger Gesteinsvorkommen lagen und dass ein Großteil der von den Häftlingen geleisteten Arbeit im Steinbruch zu verrichten war – dies gilt in gewissem Sinne für Buchenwald, insbesondere aber für die zwischen 1938 und 1940 gegründeten Konzentrationslager Flossenbürg, Mauthausen, Groß-Rosen und Natzweiler.⁶

Die wachsende wirtschaftliche Bedeutung der Konzentrationslager und damit die einsetzende Ökonomisierung der Häftlingszwangsarbeit führten aber zunächst nicht dazu, dass sich die Arbeitsbedingungen änderten. Schikane und

Terror blieben prägend, dazu kam die körperliche Erschöpfung beispielsweise bei der Arbeit im Steinbruch, die ohne jegliche technische Hilfsmittel ausgeführt wurde, sollte sie doch nach wie vor der »Erziehung der Erziehbaren« dienen, wie es Heinrich Himmler im Mai 1942 in einem Schreiben an WVHA-Chef Oswald Pohl ausdrückte⁷, oder sogar als Mittel der Ermordung. Tausende Neueinweisungen insbesondere »Asozialer« und »Krimineller« und die Ausweitung der Zwangsarbeit führten in dieser Phase der Entwicklung des KZ-Systems zu einer dramatischen Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Lagern. Das Ineinandergreifen von Überbelegung und der ideologisch motivierten Haltung der SS, die KZ-Arbeitskräfte als ersetzbar – wenn nicht sogar als überflüssig – anzusehen, zog mit jedem Einlieferungsschub einen dramatischen Anstieg der Todesrate nach sich. Diese erreichte nach Kriegsbeginn, als Zehntausende Polen und Tschechen eingewiesen wurden, ein vorher unbekanntes Ausmaß. Kaum etwas verdeutlicht die mörderischen Arbeitsbedingungen dieser Zeit symbolisch deutlicher als die »Todesstiege« im Steinbruch des KZ Mauthausen. Im Verlauf des Jahres 1940 starben in Mauthausen und dessen Außenlager Gusen mehr als ein Drittel aller Häftlinge.⁸

Die hohen Todesraten in der ersten Kriegsphase waren nicht nur eine Folge mörderischer Arbeitsbedingungen, sondern auch direkten Mordens. Dazu zählte – neben der massenhaften Erschießung sowjetischer Kriegsgefangener in den KZ Buchenwald und Sachsenhausen im Herbst und Winter 1941/42 – vor allem die »Sonderbehandlung 14f13«.⁹ Sie stand in engem Zusammenhang mit den »Euthanasie«-Morden an psychisch Kranken (»Aktion T4«) und galt der Ermordung kranker und behinderter Häftlinge sowie jüdischer Gefangener. Mindestens 11.500

Menschen fielen diesem Mordprogramm seit dem Frühjahr 1941 zum Opfer. Neben der ideologisch motivierten Absicht, Behinderte und Juden zu töten, verfolgte die SS mit der »Sonderbehandlung« auch das Ziel, sich der arbeitsunfähigen Häftlinge in den überfüllten Lagern zu entledigen, in denen sie lediglich »unnütze Esser« sah. Diese Praxis der Selektion nicht mehr arbeitsfähiger Häftlinge, die sich auch mit den eingangs erwähnten Vorschlägen des SS-Arztes Karl Gross für das Außenlager Dora zeigt, sollte in den folgenden Jahren zum Organisationsprinzip der Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern werden.

»Ökonomisierung«: KZ-Zwangsarbeit ab 1942

Volkswirtschaftlich bedeutsam wurde die KZ-Zwangsarbeit erst ab 1942. Der Ausgangspunkt war das Scheitern der deutschen Blitzkriegsstrategie nach dem Überfall auf die Sowjetunion und die damit verbundene Aussicht auf einen längeren Abnutzungskrieg, was die NS-Führung ab dem Winter 1941/42 zu einem generellen Umdenken in der deutschen Kriegswirtschaft zwang.¹⁰ Insbesondere der Arbeitskräftemangel, der sich mit jeder neuen Einberufungswelle immer stärker bemerkbar machte, aber auch die Ressourcenknappheit, die mangels neuer Eroberungen nicht mehr wie bisher ausgeglichen werden konnte, machten die Reorganisation der Kriegswirtschaft notwendig. Strukturell fand diese Entwicklung im Frühjahr 1942 in drei Faktoren ihren Ausdruck, erstens dem Ausbau des späteren Rüstungsministeriums zur zentralen wirtschaftlichen Lenkungsbehörde unter Albert Speer, zweitens der Einsetzung des Thüringer Gauleiters Fritz Sauckel zum »Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz« (GBA) und drittens der zwischen März und Mai

4 Adam Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2006, S. 599. Im selben Buch relativiert Tooze allerdings den vermeintlichen Widerspruch; vgl. ebd., S. 603 ff., insbesondere S. 630.

5 Vgl. Nikolaus Wachsmann, *KL. The History of the Nazi Concentration Camps*, London 2015, S. 157 ff.

6 Vgl. Wachsmann, *KL*, S. 163 ff., sowie Hermann Kaienburg, *Die Wirtschaft der SS*, Berlin 2003, S. 603–770.

7 Schreiben Himmler an Pohl, 19.5.1942, Bundesarchiv Berlin (BA Berlin), NS 19/3698.

8 Vgl. Florian Freund u. Bertrand Perz, *Mauthausen – Stammlager*, in: Wolfgang Benz u. Barbara Distel (Hg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bd. 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück, München 2006, S. 293–346, hier S. 315.

9 Vgl. zusammenfassend Orth, *System*, S. 114–121, ferner Henry Friedlander, *The Origins of Nazi Genocide. From Euthanasia to the Final Solution*, Chapel Hill 1995, sowie Stefan Hördler, *Ordnung und Inferno. Das KZ-System im letzten Kriegsjahr*, Göttingen 2015, S. 111 ff.

10 Vgl. Ludolf Herbst, *Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945*, Stuttgart 1982, S. 171 ff.

1942 vollzogenen Eingliederung der Inspektion der Konzentrationslager in das erst kurz zuvor gebildete SS-WVHA.

Der Name des Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes war Programm – zumindest, was die Funktionszuweisung durch Himmler und WVHA-Chef Oswald Pohl anging, sollte doch das KZ-System organisatorisch auf die systematische Zwangsarbeit von Häftlingen in der Rüstungsindustrie eingestellt werden. Zunächst mussten jedoch noch einige Hindernisse aus dem Weg geräumt werden: Während Himmler und Pohl in den kriegsbedingten Expansionsmöglichkeiten der existierenden SS-Wirtschaftsbetriebe eine Chance sahen, im Rüstungsgeschäft Fuß zu fassen, fürchtete die Rüstungsindustrie die Konkurrenz durch die SS, und im Speer-Ministerium wollte man sich die Leitung der Rüstungswirtschaft nicht aus den Händen nehmen lassen.¹¹

Erste Kooperationsversuche schienen den Befürchtungen im Rüstungsministerium Recht zu geben. Bereits 1940 war der Versuch der Heinkel-Werke in Oranienburg gescheitert, Häftlinge aus dem nahe gelegenen KZ Sachsenhausen als Zwangsarbeiter einzusetzen, weil sich die SS geweigert hatte, Häftlinge außerhalb der Lagermauern zur Verfügung zu stellen. Die Industrie und das Rüstungsministerium hatten wiederum Vorbehalte dagegen, Rüstungsfertigungen in die bestehenden Konzentrationslager zu verlegen, so etwa im Fall der Verlagerung der Karabiner-Produktion der Wilhelm-Gustloff-Werke in das KZ Buchenwald, die im Sommer 1942 vor allem wegen der Obstruktionshaltung der Unternehmensleitung nur schleppend in Gang kam.¹² Ein weiterer Misserfolg war das im April 1942 gegründete eigenständige Konzentrationslager „Arbeitsdorf“ in Fallersleben. Dort sollte als „Joint Venture“ des nahe gelegenen Volkswagenwerkes mit der SS eine Leichtmetallgießerei entstehen. Das Projekt scheiterte Mitte September 1942 am Einspruch von Albert Speer, der ihm die erforderliche kriegswirtschaftliche Bedeutung absprach. Im Oktober 1942 wurde das Lager wieder aufgelöst.¹³

Drei andere Projekte der Zusammenarbeit der SS mit Industrieunternehmen verliefen mit weniger Reibungen. Es handelt sich um die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen für die Heinkel-Werke in Oranienburg, für die IG Farben in Auschwitz-Mono-

witz und für die Steyr-Daimler-Puch AG in Steyr. An den drei Industriestandorten bildeten sich seit 1941/42 Kooperationsformen zwischen SS und Unternehmen heraus, die für den explodierenden Häftlingseinsatz in der Rüstungsindustrie in den beiden letzten Kriegsjahren charakteristisch wurden.

Nach dem Scheitern des ersten Kooperationsprojektes im Jahr 1940 setzte der Heinkel-Konzern seit dem Herbst 1941 Häftlinge aus dem KZ Sachsenhausen als Zwangsarbeiter in der Fließfertigung in seinem Flugzeugwerk in Oranienburg ein.¹⁴ Die staatlichen Heinkel-Werke zahlten der SS bzw. dem Reich dafür eine pauschale Tagesgebühr für jeden eingesetzten Häftling. Zunächst waren die Häftlinge noch im Hauptlager untergebracht, spätestens seit September 1942 jedoch in einem Barackenlager auf dem Werksgelände. Die Zahl der eingesetzten Häftlinge stieg danach stark an – von 150 im September 1942 über 4.000 im April 1943 auf über 6.000 im Dezember 1944. Nach Angaben des SS-Lagerführers sollte das Außenlager bei den Heinkel-Werken als Versuchsprojekt für die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen in der Rüstungsproduktion dienen.¹⁵ In der Wahrnehmung der SS-Führung und der Firmenleitung verlief der Versuch offenbar sehr erfolgreich, wurden doch seit 1943 nach dem in Oranienburg erprobten Prinzip bei Hunderten deutscher Rüstungsunternehmen KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter eingesetzt. Außerdem ließen sich Vertreter anderer Unternehmen vor Ort von den in Oranienburg gemachten Erfahrungen berichten.¹⁶

In Auschwitz-Monowitz, nahe dem Stammlager des KZ Auschwitz, startete 1941 der zweite Modellversuch der Kooperation von SS und Industrie, hier der IG Farben.¹⁷ Im Rahmen seiner „Osterweiterung“ hatte der Chemiekonzern den Standort in der Nähe des KZ Auschwitz mit Blick auf die KZ-Arbeitskräfte ganz bewusst ausgewählt. Seit April 1941 mussten Häftlinge Zwangsarbeit beim Bau des IG-Werkes in Monowitz leisten. Sie waren jedoch zunächst noch im Stammlager in Auschwitz untergebracht, was lange Fußmärsche zum im Bau befindlichen Werk bedeutete. Seit dem Frühjahr 1942 plante die IG Farben die Errichtung eines firmeneigenen Lagers in Monowitz, das jedoch erst Ende Oktober 1942 mit 600 Häftlingen belegt wurde, die aus Buchenwald und Holland nach Auschwitz

deportiert worden waren. In den Folgemonaten stieg die Häftlingszahl stark an. Im Sommer 1944 erreichte das Lager mit über 11.000 Insassen die Höchstbelegung. Insgesamt brachte die SS bis zu seiner Auflösung im Januar 1945 35.000 Menschen ins KZ Monowitz, von denen etwa 25.000 den unmenschlichen Arbeitsbedingungen auf der Werksbaustelle oder den Selektionen für den Mord in den Gaskammern in Birkenau zum Opfer fielen.¹⁸

Das dritte Projekt begann in Österreich. Seit dem Frühjahr 1941 ließ der staatliche Rüstungskonzern Steyr-Daimler-Puch AG Häftlinge aus dem 30 km entfernten KZ Mauthausen Zwangsarbeit beim Aufbau eines Flugmotorenwerkes in Steyr leisten. Hier waren die Häftlinge jedoch anfangs nicht vor Ort untergebracht. Das änderte sich im März 1942, als die SS weitere Häftlinge für den Bau eines Wälzlagerwerkes in Steyr-Münichholz abstellte, die nun in einem separaten Lager untergebracht wurden. Das KZ Mauthausen hatte damit sein erstes Außenlager am Standort eines externen Rüstungsunternehmens.¹⁹

In Oranienburg, Auschwitz-Monowitz und Steyr arbeiteten die SS und die Rüstungsunternehmen bereits frühzeitig eng und weitgehend reibungslos zusammen. Dies war vor allem auf die guten Beziehungen der jeweiligen Konzernleitungen zur SS-Führung zurückzuführen. Bei anderen Unternehmen verliefen die Kooperationsversuche mit der SS 1941/42 hingegen noch vielfach schleppend, beharrte die SS doch – von den geschilderten Ausnahmen abgesehen – nach wie vor darauf, KZ-Zwangsarbeiter nur für Rüstungsfertigungen innerhalb der bestehenden Lager

zur Verfügung zu stellen. Erst im September 1942 zeigte sich die SS-Führung zu einem Kurswechsel bereit. Am 15. September 1942 trafen sich führende Repräsentanten aus dem WVHA und aus dem Rüstungsministerium (darunter mit Oswald Pohl und Albert Speer die beiden Chefs sowie der für das SS-Bauwesen zuständige SS-Brigadeführer Hans Kammler) zu einer entscheidenden Besprechung, in deren Verlauf Speer der SS seine Unterstützung bei Baumaßnahmen in Auschwitz zusicherte (1942 wurde Auschwitz zur zentralen Stätte für die Ermordung der europäischen Juden ausgebaut). Das WVHA rückte im Gegenzug von seiner bisherigen Haltung in der Standortfrage ab.²⁰ Eine Woche später folgte auch Adolf Hitler dem Vorschlag Speers, wonach die Rüstungsunternehmen ihre Produktion nicht in die Konzentrationslager verlegten, wie es die SS gefordert hatte, sondern umgekehrt die SS Häftlingskommandos an Industrieunternehmen abstellen sollte. Untergebracht werden sollten die KZ-Zwangsarbeiter in firmeneigenen KZ-Außenlagern.

Doch trotz dieser Grundsatzeinigung verlief die Gründung von Außenlagern bei Rüstungsbetrieben zunächst noch sehr schleppend. Das lag vor allem am Spannungsverhältnis zwischen politisch-ideologischen Zielvorgaben einerseits und pragmatisch-ökonomischen Überlegungen andererseits. So wurden, während der Häftlingsverleih an die Industrie langsam in Gang kam, bis zum Frühjahr 1943 nahezu alle jüdischen Häftlinge aus den Konzentrationslagern im Reichsgebiet in die Vernichtungslager überstellt und ermordet, obwohl man ihre Arbeitskraft doch eigentlich dringend benötigte. Erst der von Propaganda-

11 Vgl. auch im Folgenden Jan Erik Schulte, *Zwangsarbeit und Vernichtung: Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1933-1945*, Paderborn 2001, sowie Michael Thadd Allen, *The Business of Genocide. The SS, Slave Labor, and the Concentration Camps*, Chapel Hill 2002.

12 Vgl. Schulte, *Zwangsarbeit*, S. 214-218.

13 Vgl. Hans Mommsen u. Manfred Grieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*, Düsseldorf 1996, S. 502-515.

14 Vgl. auch im folgenden Orth, *System*, S. 175 ff. Zum Heinkel-Konzern vgl. Lutz Budraß, *Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918-1945*, Düsseldorf 1998, S. 775 ff.

15 Vgl. Orth, *System*, S. 176.

16 Vgl. etwa Aktennotiz Arthur Rudolph (Versuchsserienwerk Heeresanstalt Peenemünde), 16.4.1943, Bundesarchiv/Militärarchiv, RH 8/v.1210, Bl. 105 f., abgedr. in: Jens-Christian Wagner (Hg.), *Konzentrationslager Mittelbau-Dora. Begleitband zur ständigen Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora*, Göttingen 2007, S. 114 f.

17 Vgl. dazu vor allem Bernd C. Wagner, *IG Auschwitz. Zwangsarbeit und Vernichtung von Häftlingen des Lagers Monowitz 1941-1945*, München 2000, und Wachsmann, *KL*, S. 343 ff.

18 Zahlen nach Wagner, *IG Auschwitz*, S. 101 und 280 f.

19 Vgl. Bertrand Perz, *Arbeitseinsatz im KZ Mauthausen*, in: Ulrich Herbert, Karin Orth u. Christoph Dieckmann (Hg.), *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur*, Göttingen 1998, S. 535 ff. Die Insassen zweier bereits vorher gegründeter Außenlager des KZ Mauthausen (Vöcklabruck und Bretstein) mussten für SS-eigene Firmen vor allem auf Baustellen arbeiten.

20 Vgl. auch im Folgenden Jens-Christian Wagner, *Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora*, Göttingen 2015, S. 60 ff.

minister Joseph Goebbels im Februar 1943 nach der Niederlage von Stalingrad ausgerufenen »totalen Krieg« bewirkte einen tatsächlichen Wandel, indem von nun an pragmatisch-wirtschaftliche Überlegungen zunehmend die Oberhand gewannen (ohne dass damit das ideologische Ziel aus den Augen verloren worden wäre). Damit setzte sich ab 1943 das Prinzip des Häftlingsverleihs an die Rüstungsindustrie wirklich durch, und bald überzog Deutschland ein dichtes Netz von KZ-Außenlagern, deren Insassen Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie leisten mussten. Einige Zahlen mögen die Explosion des KZ-Phänomens nach 1942 verdeutlichen: Bei Kriegsbeginn, im September 1939, gab es in Deutschland und dem annektierten Österreich sechs KZ-Hauptlager. Ende 1943 existierten bereits fast 260 Haupt- und Außenlager, im Juli 1944 fast 600 und im Januar 1945 über 730²¹ – und das, obwohl der deutsche Herrschaftsbereich in diesem Zeitraum erheblich geschrumpft war und zahlreiche Lager im Osten wie im Westen mit der Deportation ihrer Insassen in das Reichsinnere schon wieder aufgelöst worden waren. Im Winter 1944/45 gab es kaum noch eine Stadt im Deutschen Reich, in der sich nicht ein KZ-Außenlager befand.

Die Unternehmen mussten der SS für die Häftlinge, die sie ihnen als Zwangsarbeiter zur Verfügung stellte, üblicherweise eine pauschale Tagesmiete von vier Reichsmark für Hilfs- und sechs für Facharbeiter zahlen.²² Dieses Geld hatte die SS an die Reichskasse abzuführen. Die Häftlinge selbst erhielten davon keinen Pfennig. In der Summe waren die Kosten für Verpflegung und Kleidung der Häftlinge und die Gestellung der Wachmannschaften bereits inbegriffen, während die Betriebe für andere »Nebenkosten« wie die Unterbringung und bisweilen auch die medizinische Versorgung der Häftlinge selbst aufzukommen hatten.²³ Somit kann den Unternehmen ein erheblicher Teil der Verantwortung für die Verhältnisse in den Lagern zugeschrieben werden, hatten sie doch zahlreiche Möglichkeiten, auf die Existenzbedingungen und die Überlebenschancen der Häftlinge einzuwirken.

Für die KZ-Insassen hatte es fatale Folgen, dass die Betriebe für die eingesetzten KZ-Zwangsarbeiter eine pauschale Tagesgebühr zu entrichten hatten, und zwar unabhängig davon, ob acht oder zwölf Stunden täglich gearbeitet wurde – oder noch länger. Üblicherweise lag die

Arbeitsleistung der geschwächten und unterernährten KZ-Häftlinge deutlich unter der deutscher Zivilarbeiter. Nach einer im September 1944 aufgestellten detaillierten Lohnkostenstatistik des Baukonzerns Gebhardt & König etwa, der im Winter 1944/45 Häftlinge aus dem KZ Mittelbau-Dora einsetzte, war der Einsatz von KZ-Häftlingen nur dann lukrativer als die Beschäftigung freier Arbeiter, wenn die Häftlinge in einer Acht-Stunden-Schicht mehr als 50 Prozent der Normalleistung erbrachten.²⁴ Dies war in der Praxis nur äußerst selten der Fall. Erst bei längeren Arbeitszeiten rentierten sich für die Betriebe auch weitaus geringere Arbeitsleistungen. Viele Unternehmen setzten daher alles daran, die Arbeitszeiten der Häftlinge auszuweiten – häufig mit tödlichen Folgen.

Selektion und Segregation

Etwa die Hälfte der seit 1942 entstehenden KZ-Außenlager wurde bei bestehenden Rüstungsbetrieben eingerichtet. Die andere Hälfte entstand bei Bauvorhaben. Eine Schlüsselrolle spielte dabei im letzten Kriegsjahr der absurde und zugleich mörderische Versuch, nach dem Vorbild der unterirdischen Raketen-Montage in Mittelbau-Dora die wichtigsten Rüstungsfertigungen in unterirdische Räume zu verlegen, die vor alliierten Luftangriffen Schutz boten.

Koordiniert durch das Rüstungsministerium, dessen Chef Speer das Lager Dora im Dezember 1943 inspiziert hatte, begann man im Frühjahr 1944, überall im Reichsgebiet neue Untertageanlagen zu schaffen, viele davon im Rahmen des sogenannten Jägerprogramms. Um die alliierte Luftherrschaft über Deutschland zu brechen, war am 1. März 1944 unter Leitung von Speers Stellvertreter Karl-Otto Saur mit dem »Jägerstab« ein interministerielles Krisengremium eingerichtet worden, das mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet war und die Aufgabe hatte, die Produktion von Jagdflugzeugen anzukurbeln. Teil des Programms war die Untertageverlagerung der Flugzeugproduktion, die unter größtem Zeitdruck vorangetrieben wurde. Teils wurden Naturhöhlen und vorhandene Tunnel- und Stollenanlagen zu Untertagefabriken umgebaut, in den meisten Fällen sollten die Untertage- und Bunkeranlagen aber erst noch geschaffen werden – ein Unterfangen, dessen Realisierung

von Beginn an nicht zuletzt wegen des nahenden Kriegsendes vollkommen illusorisch war. Die meisten Anlagen wurden daher auch nie fertiggestellt. Zentren der Untertageverlagerung wurden der Harz (»Unternehmen Mittelbau«), das Kali-Revier im heutigen Sachsen-Anhalt und das thüringisch-bayerische Grenzgebiet. Im Alpenvorland sollten Großbunkeranlagen entstehen, bei deren Bau vor allem ungarische Juden Zwangsarbeit leisten mussten.²⁵

Die Leitung der Bauarbeiten oblag in den meisten Fällen der SS oder der Organisation Todt (OT); als Arbeitskräfte wurden neben ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen vor allem KZ-Häftlinge eingesetzt, für die in der Nähe der Baustellen KZ-Außenlager eingerichtet wurden. Ende 1944 arbeiteten nach einer Schätzung Oswald Pohls über 270.000 KZ-Häftlinge unter mörderischen Bedingungen auf den unter- und oberirdischen Baustellen der SS und der OT (etwa die gleiche Anzahl von Häftlingen musste zu diesem Zeitpunkt Zwangsarbeit in Rüstungsbetrieben leisten).²⁶

Wegen des erhöhten Bedarfs an KZ-Zwangsarbeitern modifizierten das NS-Regime und die SS schrittweise ihre Vernichtungspolitik gegenüber den europäischen Juden. Im März 1943 waren die letzten »Rüstungsjuden« aus Berlin zur Ermordung nach Auschwitz-Birkenau deportiert und das Reich »judenfrei« erklärt worden. Ein gutes Jahr später, im Mai 1944, brachte die SS im Zuge der »Ungarnaktion« – gegen den Widerstand mancher Gauleiter – mehrere Zehntausend jüdische Männer, Frauen und teils auch Kinder aus Ungarn in umgekehrter Richtung über Auschwitz in die Konzentrationslager im Reichsgebiet. Dort mussten die Frauen überwiegend Zwangsarbeit in der Munitions- und Waffenfertigung leisten. Die Männer hingegen brachte die SS auf die vielen Baustellen des »Jägerstabes« bzw.

des am 1. August 1944 aus diesem hervorgegangenen »Rüstungsstabs«.²⁷

Während die Arbeitsbedingungen in den Lagern bei Rüstungsbetrieben überwiegend vergleichsweise erträglich waren (mit Ausnahme der Munitionsfabriken, in denen viele Häftlinge schutzlos gesundheitsgefährdenden Stoffen ausgesetzt waren), galten die Bau-Außenlager der Verlagerungsprojekte – ähnlich den KZ-Steinbrüchen der ersten Kriegsjahre – als Todeskommandos. Dies lag vor allem am wichtigsten Selektionskriterium der SS und der Unternehmen: der Ersetzbarkeit der KZ-Zwangsarbeiter. In Rüstungsbetrieben eingesetzte Häftlinge waren beruflich meist qualifiziert und/oder mussten über einen längeren Zeitraum eingearbeitet werden. Ihr Verlust hätte einen ökonomischen Schaden bedeutet, also achteten SS und Firmenleitungen darauf, dass die Arbeitskraft zumindest der als Facharbeiter bezeichneten Häftlinge annähernd erhalten blieb. Ganz anders war es bei den beruflich meist nicht qualifizierten Bauhäftlingen (so der Quellenbegriff): Sie galten als ersetzbar, SS und Firmenleitungen ließen sie daher bis zum Tode schufteten, denn Nachschub schien in den Hauptlagern ja in großer Zahl bereitzustehen.

Der Umstand, dass die Firmen das pauschale Tagesentgelt nur für Häftlinge zu zahlen hatten, die als arbeitsfähig galten, noch mehr aber das Wechselverhältnis von Bau- und Produktionskommandos setzten einen tödlichen Abschiebemechanismus mit ständigen Selektionen in Gang. In seinem Zentrum standen die Hauptlager, die sich innerhalb ihrer ausufernden Lagerkomplexe zu Drehscheiben des Häftlingsverschubs entwickelten. Häftlinge, die für die Produktionskommandos fachlich nicht geeignet schienen oder bereits zu geschwächt waren, schob die SS ihrer Logik der Segregation folgend in Lager ab, deren Insassen schwerste Bauarbeiten verrich-

21 Die Zahlen beruhen auf einer kritischen Auswertung der – z.T. fehlerhaften und unvollständigen – Daten, die Gudrun Schwarz 1990 zusammengetragen hat; vgl. Gudrun Schwarz, Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt am Main/New York 1990.

22 Vgl. Aufstellung des Amtes D II im WVHA über die Entwicklung der Häftlingsentgelte von 1942 bis 1944, 24.2.1944, Nürnberger Dok. NO-576.

23 Beschrieben ist hier die übliche Praxis. Im Detail variierten die Verleihmodalitäten vielfach zwischen einzelnen Lagern und Unternehmen; vgl. auch Orth, System, S. 180 ff.

24 Vgl. Wagner, Produktion, S. 358.

25 Vgl. ebd., S. 86 ff.

26 Vgl. Aussage Oswald Pohl vor dem Internationalen Militärgericht in Nürnberg, 25.8.1947, Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10, Nuernberg, October 1946 – April 1949, Vol. 5 (The Pohl Case), Washington 1950, S. 445 f.

27 Vgl. Götz Aly u. Christian Gerlach, Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden, Stuttgart 2002.

ten mussten. In den Baukommandos prügeln SS und Firmenleitungen im wahrsten Sinn des Wortes den letzten Rest an Arbeitskraft aus den Häftlingen heraus. Wer in den Außenlagern selbst nach SS-Kriterien nicht mehr arbeitsfähig war, wurde im Austausch gegen neue Häftlinge in das Hauptlager zurückgeschickt. In fast allen Hauptlagern richtete die SS aus diesem Grund seit 1943 improvisiert hergerichtete Sterbezonen ein, in denen sie die Häftlinge, deren Arbeitskraft nicht mehr ausgebeutet werden konnte, weitgehend sich selbst überließ, so etwa im »Kleinen Lager« im KZ Buchenwald, im früheren »Jugendschutzlager« Uckermark im KZ Ravensbrück oder im »Sanitätslager« und im »Waldlager« des KZ Mauthausen.²⁸ Anders war es im KZ Mittelbau-Dora: Hier diente ein Außenlager in der Nordhäuser Boelcke-Kaserne als zentraler Sterbeort.

Neben der Abschiebung in die Sterbezonen innerhalb der Lagerkomplexe organisierte die SS auch Vernichtungstransporte in andere Konzentrationslager. Bis 1943 brachte sie kranke und nicht mehr arbeitsfähige Häftlinge überwiegend in das KZ Dachau, im Herbst 1942 auch in das KZ Auschwitz. Im Winter 1943/44 diente vor allem das KZ Majdanek als Auffanglager für Vernichtungstransporte nicht mehr arbeitsfähiger Häftlinge. Mit Beginn der Räumung des KZ Majdanek übernahm diese Funktion das KZ Bergen-Belsen. In den meisten Fällen starben die Häftlinge in den Todeszonen an den Folgen organisierter Vernachlässigung. In einigen Lagern wurden sie auch gezielt ermordet, entweder durch Giftinjektionen in den Häftlingsrevieren (so etwa in Buchenwald), durch Erschießen (etwa in der »Station Z« im KZ Sachsenhausen) oder durch Ersticken in Gaskammern. In der im KZ Ravensbrück Anfang 1945 eingerichteten Gaskammer ermordete die SS bis April 1945 5.000 bis 6.000 Frauen sowie mindestens 100 Männer, die als arbeitsunfähig ausgesondert worden waren.²⁹ Mehrere Tausend kranke und arbeitsunfähige Häftlinge, vor allem aus dem KZ Mauthausen, wurden zudem in der Euthanasie-Mordstätte Hartheim in Oberösterreich im Gas erstickt. Auch die im Buna-Werk der IG Farben in Auschwitz-Monowitz eingesetzten Häftlinge wurden, wenn sie von SS-Ärzten als nicht mehr arbeitsfähig ausgemustert worden waren, ermordet. Sie starben in den nahe gelegenen Gaskammern von Auschwitz-Birkenau.³⁰

Selektion und Segregation waren die Mittel, mit denen die SS versuchte, die Produktivität in den Lagern bzw. in den Betrieben möglichst hochzuhalten und zugleich das Massensterben zu steuern. Häftlinge in Produktionskommandos wurden räumlich von denen in Baukommandos getrennt, und auch die in ständigen Selektionen ausgesonderten Arbeitsunfähigen und Kranken schob die SS in Sonderzonen ab. Das KZ-System wurde damit nach 1942 in funktionale Räume gegliedert. Doch wer war für die Auswahl der Häftlinge zuständig, die den einzelnen Zonen zugewiesen wurden, und welche Folgen hatte das für die Häftlingsgesellschaften?

Selektionsinstanzen

Die Zuteilung der Häftlinge zu den Arbeitskommandos in den Außenlagern oder auch im Hauptlager oblag üblicherweise der in jedem KZ-Hauptlager eingerichteten »Arbeitsstatistik«, wie die Arbeitsverwaltung in den Lagern genannt wurde. Sie unterstand dem SS-»Arbeitseinsatzführer«; die eigentliche Verwaltungsarbeit besorgten jedoch Funktionshäftlinge. Da es lebensentscheidend sein konnte, welchem Arbeitskommando und/oder Außenlager man zugewiesen wurde, hatten die Häftlinge in der Arbeitsstatistik oftmals Macht über Leben und Tod – auch wenn sie das nicht wollten.

Insbesondere in Baukommandos, die keine fachliche Qualifikation erforderten, wurden Häftlinge häufig gruppenweise – ohne individuelle Musterrungen – überstellt: Wenn etwa eine Baufirma beim Hauptlager Buchenwald 500 zusätzliche Häftlinge für ein Bauvorhaben im Außenlager Dora anforderte, befahl der Arbeitseinsatzführer den Funktionshäftlingen in der Buchenwalder Arbeitsstatistik, die entsprechende Transportliste zusammenzustellen. Üblicherweise setzten diese Neuzugänge auf die Liste – Deportierte, die erst kurz zuvor mit Transporten aus den besetzten Ländern oder aus einem anderen Konzentrationslager in Buchenwald eingetroffen waren. Dabei gab es kriegsbedingte Schübe: Im Sommer 1944 etwa trafen in Buchenwald nach der alliierten Landung in der Normandie viele Transporte aus geräumten Lagern in Frankreich und Belgien ein, einige Monate später, nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes, kamen sie aus Polen. Die Folge war, dass die ethnische Zusam-

mensetzung der Transporte in die Außenlager nicht die der Lagerbelegschaft in Buchenwald spiegelte, sondern eher die Einlieferungsschübe aus den besetzten Ländern. In manchen Außenlagern waren damit Häftlinge aus Ländern in der Mehrheit, die in Buchenwald nur schwach vertreten waren. Im Lager Blankenburg-Oesig etwa, das im August 1944 eingerichtet wurde, kamen anfangs fast alle Häftlinge aus Belgien.³¹

Auch wenn die Zuweisung zu den Bau-Außenlagern, die angesichts der dort herrschenden mörderischen Arbeitsbedingungen oft einem Todesurteil gleichkam, meist kontingental erfolgte, gelang es den Funktionshäftlingen in der Arbeitsstatistik doch, einzelne Häftlinge von den Listen zu streichen und durch andere zu ersetzen. So standen diejenigen unter Schutz, die freundschaftlich oder politisch den überwiegend kommunistischen Funktionshäftlingen in Buchenwald nahe standen. Durch den »Transportschutz«, wie mit dem Tschechen Jiří Žák ein ehemals Beteiligter die Auswahlpraxis der Verwaltungshäftlinge in der Arbeitsstatistik nach dem Krieg im **Buchenwald-Report** chiffrierte, sollten »die positiven Elemente, die unter keinen Umständen auf Transport gehen sollten«, vor dem Verschub in gefürchtete Außenlager bewahrt werden. Dorthin wurden stattdessen »vor allem solche Elemente gedrückt, die aus verschiedenen Gründen im Lager den Häftlingen unerwünscht waren.«³² So wurden beispielsweise 1943/44 viele als »kriminell« nach Buchenwald eingewiesene Deutsche in das als Todeskommando geltende Außenlager Dora überstellt, vor allem die Sicherungsverwahrten, von denen die meisten dort umkamen.³³ Aber auch viele als politische Häftlinge eingewiesene Franzosen kamen nach Dora, allerdings kaum Kommunisten, sondern vorwiegend Anhänger de Gaulles.³⁴

In diesem Fall dürfte dies – im Gegensatz zu den Sicherungsverwahrten, die auch die SS in Buchenwald loswerden wollte – im Wesentlichen auf die Praxis des »Transportschutzes« durch die Funktionshäftlinge in der Arbeitsstatistik zurückzuführen sein.

In den Fällen, in denen Unternehmen nach qualifizierten KZ-Zwangsarbeitern für Produktionskommandos suchten, lief die Auswahl etwas anders ab. Im Auftrag der Unternehmen nahm die SS Musterungen vor, teilweise sogar dezidierte Eignungsprüfungen, bei denen die Häftlinge berufliche Qualifikationen nachweisen mussten. Oft kamen dazu auch Vertreter der Firmen ins Hauptlager, etwa aus dem Volkswagenwerk, das 1944 in Auschwitz ungarische Juden für die Zwangsarbeit in der Produktion der V1-Flügelbomben musterte.³⁵

Häftlinge, die bereits krank eingewiesen wurden oder, was deutlich häufiger vorkam, nach Monaten auszehrender Zwangsarbeit zu geschwächt waren, um weiterhin arbeiten zu können, wurden ausgesondert und, wie beschrieben, Sterbezonen zugewiesen. Diese Aufgabe übernahmen SS-Ärzte, die sie häufig an Häftlingsärzte delegierten. Zahl und Häftlingsnummern der Ausgesonderten wurden an die Arbeitsstatistik gemeldet, damit sie durch »frische« Häftlinge ersetzt werden konnten. Bei der Steuerung des Sterbens arbeiteten die Krankenreviere also eng mit den Arbeitsverwaltungen der Lager zusammen.

Vernichtung durch Arbeit?

Angesichts der katastrophalen Arbeits- und Existenzbedingungen war es nur eine Frage der Zeit, wann ein Häftling als nicht mehr arbeits-

28 Vgl. Orth, System, S. 260 ff., sowie Hördler, Ordnung, S. 343 ff.

29 Vgl. Bernhard Strebel, Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes, Paderborn u.a. 2003, S. 468. Hördler, Ordnung, S. 424, schätzt die Zahl der im Gas in Ravensbrück Ermordeten geringer ein.

30 Vgl. Wagner, IG Auschwitz, S. 173 ff.

31 Vgl. Jens-Christian Wagner, Blankenburg-Oesig (»Klosterwerke«), in: Benz, Ort, Bd. 7: Niederhagen/Wewelsburg, Lublin-Majdanek, Arbeitsdorf, Herzogenbusch (Vught), Bergen-Belsen, Mittelbau-Dora, S. 293-295.

32 Jiří Žák, Arbeitsstatistik und Transportschutz, in: David A. Hackett (Hg.), Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar, München 1996, S. 339 ff., hier S. 340.

33 Vgl. Jens-Christian Wagner, Vernichtung durch Arbeit? Sicherungsverwahrte als Häftlinge im KZ Mittelbau-Dora, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland (2009), H. 11, S. 84-93.

34 Vgl. Jens-Christian Wagner, Noch einmal: Arbeit und Vernichtung. Häftlingseinsatz im KL Mittelbau-Dora 1943-1945, in: Norbert Frei, Sybille Steinbacher u. Bernd C. Wagner (Hg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, München 2000, S. 11-41, hier S. 29 ff.

35 Vgl. Mommsen/Grieger, Volkswagenwerk, S. 863 f.

fähig selektiert wurde. Insbesondere in den Baukommandos konnte das schon nach wenigen Wochen geschehen. Angesichts der horrenden Todesraten – in manchen Lagern starben innerhalb weniger Monate zwei Drittel aller Häftlinge – haben manche Historiker diese Ausbeutungspraxis im programmatischen Sinne als »Vernichtung durch Arbeit« bezeichnet.³⁶ Und tatsächlich scheint der Begriff als Kompromissformel den scheinbaren Gegensatz zwischen der vor allem von den Unternehmen bezweckten wirtschaftlichen Ausbeutung der Häftlingsarbeitskraft und der Vernichtung als dem ideologischen Ziel der SS aufzulösen. Bei genauerem Hinsehen erweist sich der Begriff jedoch als problematisch.

In den bisher bekannten Quellen findet sich die Formulierung nur in zwei Aktennotizen von September 1942, die Gespräche zwischen dem erst kurz zuvor ernannten Reichsjustizminister Otto Georg Thierack mit Joseph Goebbels und Heinrich Himmler wiedergeben. Danach geht der Gedanke der Vernichtung durch Arbeit auf den Propagandaminister zurück, der Thierack empfahl, Justizgefangene an die SS auszuliefern, um sie ermorden zu lassen.³⁷ Wenige Tage später vereinbarte der Justizminister mit SS-Chef Himmler formell die »Auslieferung asozialer Elemente aus dem Strafvollzug an den Reichsführer SS zur Vernichtung durch Arbeit«. Abgegeben werden sollten »die Sicherungsverwahrten, Juden, Zigeuner, Russen und Ukrainer, Polen über 3 Jahre Strafe, Tschechen oder Deutsche über acht Jahre Strafe nach Entscheidung des Reichsjustizministers«.³⁸

Für die aus den Gefängnissen an die SS ausgelieferten Häftlinge lässt sich ein Programm der Vernichtung durch Arbeit also tatsächlich nachweisen, und die Sterblichkeitsraten unter den über 20.000 von September 1942 bis zum Kriegsende von der Justiz in die Konzentrationslager überstellten Gefangenen, unter ihnen mehr als die Hälfte sogenannte Sicherungsverwahrte, waren entsprechend hoch.³⁹ Streng quellenkritisch betrachtet, ist damit ein auf alle Häftlingsgruppen bezogenes Vernichtungsprogramm jedoch nicht belegt. Außerdem ist es nicht möglich, ein solches Programm durchgängig für die Zeit bis zum Kriegsende nachzuweisen. Die Situation von 1942 ist weder im gesamtökonomischen Rahmen noch im Bereich des KZ-Systems mit der des letzten Kriegsjahres vergleichbar. Allerdings

fällt auf, dass die Abmachung von Thierack und Himmler zum gleichen Zeitpunkt wie die Grundsatzentscheidung zwischen dem Rüstungsministerium und der SS über den Häftlingseinsatz in der Rüstungsindustrie erfolgte. Der Justizminister sorgte mithin dafür, dass sich in Anbetracht der wirtschaftlichen Funktionserweiterung der Konzentrationslager die Zahl der KZ-Zwangsarbeiter erhöhte, und gleichzeitig entledigte er sich der Häftlingsgruppen, die er aus rassistischen Motiven für überflüssig hielt und von denen Adolf Hitler im August 1942 gefordert hatte, sie dürften nicht in den Strafanstalten »konserviert« werden.⁴⁰ Diese Menschen sollten tatsächlich durch Arbeit vernichtet werden.

Opfer der Arbeitsbedingungen in den Konzentrationslagern der letzten zwei Kriegsjahre wurden jedoch bei Weitem nicht nur Angehörige der im Thierack-Zitat genannten Häftlingsgruppen. Weit überdurchschnittlich war ab 1943 etwa die Todesrate unter den französischen und belgischen Häftlingen, die in der rassistischen Hierarchie der SS relativ weit oben angesiedelt waren.⁴¹ Unter den Sinti und Roma hingegen, die zusammen mit Juden und sowjetischen Häftlingen am Ende der NS-Rassenhierarchie rangierten und die eigentlich unter einem sehr hohen Vernichtungsdruck standen, herrschte zum Beispiel im KZ Mittelbau-Dora, das nach der Auflösung des »Zigeuner-Familienlagers« in Auschwitz-Birkenau im August 1944 zur wichtigsten Haftstätte für männliche Sinti wurde, die weitaus geringste Sterblichkeit.⁴²

Die Gründe für die unterschiedlichen Sterblichkeitsraten können nicht allein in ideologischen Vorgaben seitens der SS gesucht werden. Vielmehr trugen auch situative Faktoren dazu bei, etwa die Haftwege vor der Einweisung ins KZ, die Dauer der KZ-Haft und der Zeitpunkt der Einweisung (Erfahrung mit den im KZ herrschenden Regeln konnte lebensrettend sein), zudem Witterungseinflüsse (besonders auf Baustellen, auf denen unter freiem Himmel gearbeitet wurde), das Alter sowie die soziale und die habituelle Prägung der Gefangenen in der Zeit vor der Verhaftung und nicht zuletzt ihre berufliche Qualifikation. Eine große Rolle spielten zudem deutsche Sprachkenntnisse, die eine Grundvoraussetzung dafür waren, einen Funktionsposten zu erhalten, der mit Privilegien verbunden war und damit lebensrettend sein konnte – nicht nur

für den Funktionshäftling selbst, sondern auch für Mithäftlinge aus der eigenen Gruppe, die er zumindest ansatzweise schützen konnte. So ist die vergleichsweise niedrige Todesrate unter den Sinti in Mittelbau-Dora u.a. darauf zurückzuführen, dass eine Reihe von ihnen Posten etwa als Kapos oder Vorarbeiter erhielten und es ihnen gelang, Familienangehörige in ihre Arbeitskommandos zu holen und dort zu protegieren.⁴³

Das letzte Beispiel verweist auf einen weiteren Punkt, nämlich das konkrete Verhalten der KZ-Gefangenen, auch wenn ihre Handlungsoptionen angesichts der umfassenden Macht der SS außerordentlich begrenzt waren. Ganz offensichtlich waren manche Gruppen eher als andere in der Lage, kollektive Überlebensstrategien zu entwickeln. Französischen Häftlingen etwa wird in Berichten Überlebender stereotyp ein ausgesprochener Individualismus unterstellt.⁴⁴ Auf sich allein gestellt, hatte aber kaum jemand die Chance, das KZ zu überleben. Sinti und Roma scheinen dagegen infolge ihres engen Gruppenzusammenhalts erfolgreich kollektive Überlebensstrategien entwickelt zu haben. Sie hatten bereits vor ihrer Verhaftung gelernt, sich gegen eine feindlich gesinnte Umgebungsgesellschaft zu behaupten, was ihnen in den Lagern, in denen aufgrund der gezielten Unterversorgung durch die SS unter den Häftlingen ein erbarmungsloser Überlebenskampf herrschte, oftmals das Leben rettete.

Häufig waren es also soziale oder berufsspezifische Gründe, die den Ausschlag dafür gaben, ob Häftlinge überlebten oder nicht. Seitens der SS wurde ihr Tod wenn nicht angestrebt, dann zumindest bewusst einkalkuliert. In gewissem Sinne mag man dies als »Vernichtung durch Arbeit« beschreiben. Analytisch ist der Begriff

jedoch wenig hilfreich, unterstellt er doch eine ideologische Programmatik und lässt damit die Triebkraft situativer, durch den Kriegsverlauf entstandener Faktoren völlig außer Acht. Es steht außer Frage, dass der Rassismus das zentrale ideologische Fundament der NS-Herrschaft darstellte, und zwar von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende. Der Rassismus bildete die Grundlage für die völlige Rechtlosigkeit und Verfügbarkeit der KZ-Insassen. Aus der Perspektive der SS hatte das Leben eines Häftlings keinen eigenständigen Wert, im Grunde nicht einmal das der als besserungsfähig bezeichneten deutschen politischen Gefangenen. Letztlich zählte seit 1942/43 nur die Arbeitskraft, und die wurde umso brutaler ausgebeutet, je näher das Kriegsende rückte – auf den Erhalt von Ressourcen wurde in den letzten Kriegsmonaten keine Rücksicht mehr genommen. Die 1941/42 begonnene und in den letzten zwei Kriegsjahren massiv ausgeweitete Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie und bei überwiegend völlig aussichtslosen Bauprojekten, die für die »abgearbeiteten« Häftlinge mit dem Hunger- oder Erschöpfungstod endete, ist jedoch nicht mit einem in der Vorkriegszeit entwickelten und bis zum Ende der NS-Herrschaft zielgerichtet verfolgten Vernichtungsprogramm zu erklären. Es waren vielmehr selbstgeschaffene Krisensituationen und daraus entstehende vermeintliche Sachzwänge, die auf der Grundlage des Rassismus zu jenem Radikalisierungsschub führten, der Lager zu Todeszonen werden ließ, in denen sich der »Durchlauf« der Insassen mit den ständigen Selektionen zeitlich und quantitativ ständig erhöhte.

In der Zielvorstellung der SS bedeutete Zwangsarbeit nie Rettung, sondern allenfalls einen Aufschub im Vernichtungsprozess. Und dieser

36 Vgl. etwa Hermann Kaienburg, Vernichtung durch Arbeit. Der Fall Neuengamme. Die Wirtschaftsbestrebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Gefangenen, Hamburg 1991, und Miroslav Kárny, »Vernichtung durch Arbeit«. Sterblichkeit in den NS-Konzentrationslagern, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik Bd. 5 (1987), S. 133-158.

37 Vgl. Besprechungsnotiz Otto Thieracks, 14.9.1942, Nürnberger Dok. PS-682.

38 Aufzeichnung Thieracks über ein Gespräch mit Himmler am 18.9.1942, Nürnberger Dok. PS-654, abgedr. in: IMT, Bd. 26, S. 200 ff., hier S. 201.

39 Vgl. Nikolaus Wachsmann, Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat, München 2006, S. 309 ff.

40 Vgl. Wachsmann, Gefangen, S. 309 f.

41 Vgl. Marc Buggeln, Arbeit & Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme, Göttingen 2009, S. 244 ff.; Wagner, Noch einmal, S. 29 ff.

42 Vgl. Jens-Christian Wagner, Sinti und Roma als Häftlinge im KZ Mittelbau-Dora, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland (2012), H. 14, S. 99-107.

43 Vgl. ebd., S. 105.

44 Vgl. Jens-Christian Wagner, Selektion und Segregation. Vernichtung und Arbeit am Beispiel Mittelbau-Dora, in: Marc Buggeln u. Michael Wildt (Hg.), Arbeit im Nationalsozialismus, München 2014, S. 329-347, hier S. 344 f.

betraf am Ende nicht nur diejenigen Häftlinge, die aus ideologischen Gründen ohnehin unter einem hohen Vernichtungsdruck standen (wie die vorwiegend jüdischen Arbeitskräfte im Buna-Werk in Auschwitz-Monowitz), sondern auch jene, deren Tod nicht intendiert, angesichts der in den Lagern und auf den Arbeitsstellen herrschenden Bedingungen aber bewusst einkalkuliert wurde – so etwa bei den Tausenden Franzosen und Belgiern, die auf den Baustellen des Jägerstabes qualvoll starben. Der SS galt ihr Leben als völlig wertlos und austauschbar. Auf dieser ideologischen Grundlage praktizierte sie arbeitsteilig mit der Rüstungsindustrie ihr System des rücksichtslosen Verschleißes der Häftlingsarbeitskraft, umgesetzt mit den Mitteln der Selektion und der Segregation. Die meisten Häftlinge durchliefen in den Lagern eine Kette andauernder Selektionen, die sie, ihrer nachlassenden Kraft entsprechend, von Produktions- in Baukommandos und schließlich in die Sterbezonen der Lager brachten.

Durch dieses System mobiler Selektionen löste die SS den Widerspruch zwischen Vernichtung und Arbeit weitgehend auf, indem sie die Faktoren **Erhalt der Arbeitskraft** und **Vernichtung** gleitend dem jeweiligen Wert anpasste, den sie der Arbeitskraft der Häftlinge sowohl nach dem Charakter ihrer Arbeit als auch nach rassistischen Kriterien beimaß. Adam Tooze hat dieses Prinzip treffend auf den Punkt gebracht: »Dieser ständige Prozess aus Selektion und Austausch war die Essenz des gesamten KZ-Arbeitssystems.«⁴⁵

Fazit

Spätestens mit der Niederlage bei Stalingrad war der Krieg verloren, und das NS-System geriet aus den Fugen. Doch mit dem planmäßigen Mord an den europäischen Juden und den Verbrechen im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion schienen die Brücken zurück abgebrochen. Folglich setzte das NS-Regime alles auf den »Endsieg«, so unwahrscheinlich der auch erscheinen mochte. Zugleich flohen viele NS-Funktionäre, aber auch Rüstungsmanager

vor der Realität des verlorenen Krieges in Machbarkeits- und Rüstungsphantasien; dabei gingen sie buchstäblich über Leichen: Hunderttausende KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter anderer Kategorien starben beim Bau von Rüstungsanlagen, die nie fertiggestellt wurden. Im System waren, wie es Ludolf Herbst aus der Kybernetik abgeleitet hat, sämtliche Rückkoppelungsmechanismen zusammengebrochen.⁴⁶

Doch auf der Mikroebene gab es durchaus rationale Regulierungstendenzen, wie der eingangs erwähnte Inspektionsbericht des SS-Arzt Karl Gross über das Lager Dora von Dezember 1943 zeigt. Hier machte ein Täter angesichts einer von der SS selbst geschaffenen Notlage – die vielen Todesfälle belasteten die anlaufende Raketenmontage – Vorschläge, die ganz dem NS-spezifischen Rassismus entsprachen, der zwischen »nützlichem« und »unwerten« Leben unterschied: Selektion der Kranken bzw. Arbeitsunfähigen und räumliche Trennung der Produktionshäftlinge von denen, die auf Baustellen arbeiteten. Diese Vorschläge wurden dann auch tatsächlich umgesetzt. Doch zeigen nicht planbare situative Faktoren, die sehr unterschiedlichen Sterblichkeitsraten je nach Häftlingsgruppe und die Gegennutzung durch Funktionshäftlinge etwa in der Arbeitsstatistik die Grenzen des Versuches, die konkreten Verhältnisse in den Lagern ausschließlich aus dem Planen und Handeln der Täter zu erklären. Vielmehr ist es an der Zeit, auch die Häftlinge als Akteure wahrzunehmen, die – wenn auch sehr begrenzt – durchaus Handlungsoptionen hatten. In dieser Perspektive ist die Geschichte der Konzentrationslager und ihrer Insassen nicht nur als Leidensgeschichte zu erzählen, sondern auch als eine von Selbstbehauptung, Eigensinn und Widerstand.

Jens-Christian Wagner

Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in Celle

45 Tooze, Ökonomie, S. 613.

46 Vgl. Ludolf Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg, Frankfurt am Main 1996, S. 16 ff.